

6 Fazit

»[...] wir wollen jetzt nichts vorantreiben, wo wir sagen, das schmälert den Gewinn des Unternehmens.«

(TC_TG_65, Z. 1139-1141)¹

In der Explorationsstudie wurde sich mit unternehmensnahen Stiftungen als politischen Bildungsakteuren auseinandergesetzt und von ihnen geförderte politische Bildungsprogramme analysiert, die neue Herangehensweisen erproben, um ›benachteiligte Jugendliche‹ zu erreichen. Die Hauptuntersuchungsergebnisse werden nachfolgend unter Bezug auf die eingangs formulierten Fragen zusammengefasst und diskutiert sowie sich daraus ergebende Forschungsdesiderate erläutert.

Ergebnisse

1. *Wie sind unternehmensnahe Stiftungen mit Unternehmen verbunden und werden ihre politischen Bildungsprogramme analog zu Unternehmensstrategien ausgerichtet? Wenn ja, inwiefern?*

Stiftungen sind rechtlich auf unterschiedliche Weise mit Unternehmen verbunden: Es muss unterschieden werden zwischen Unternehmensstiftungen (auch: CSR-Stiftungen) und unternehmensverbundenen Stiftungen:

Unternehmensstiftungen werden von Unternehmen gegründet und finanziell ausgestattet. Sie sind eine Form des sogenannten Corporate Social Citizenship, mit dem Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zeigen wollen. CSR-Stiftungen sind dementsprechend in die Unternehmenskommunikation eingebunden und sollen allgemein auch einen Zweck für das Unternehmen erfüllen. Mit CSR-Strategien wird darauf abgezielt, ein

»gesundes gesellschaftliches Umfeld für die eigene (erwerbs-)wirtschaftliche Geschäftstätigkeit zu schaffen sowie innerhalb der Zielgruppe das Ansehen des

1 Diese Aussage bezieht sich auf CSR-Aktivitäten und stammt von einer Person aus einem Unternehmen, die im Rahmen der für diese Studie durchgeführten Expert*innen-Interviews befragt wurde.

Unternehmens zu steigern und den Umsatz und den Ertrag zu optimieren.«
(Mecking 2010, S. 371-372)²

Eine Koordination der Stiftungsarbeit im Unternehmensinteresse kann hier also durchaus vorkommen und dadurch begünstigt werden, dass Führungskräfte aus den Unternehmen auch in den Stiftungsgremien sitzen. Ob und wie CSR-Stiftungen personell mit Unternehmen verflochten sind, ist dabei bisher nicht untersucht.

CSR-Stiftungen mit Aktivitäten auf dem Feld der politischen Bildung sind beispielsweise die Deutsche Bahn Stiftung, die TUI Stiftung, die BMW Stiftung Herbert Quandt, die innogy Stiftung sowie die DFL Stiftung. In der vorliegenden Studie wurden die personellen Verflechtungen bei der DFL Stiftung näher betrachtet, da diese ein Kooperationspartner der Robert Bosch Stiftung beim Programm »Lernort Stadion« ist. Die DFL Stiftung ist die CSR-Stiftung der Deutschen Fußball Liga GmbH. Sie soll zum Ansehen der Bundesliga beitragen, die durch die DFL vermarktet wird. Eine Analyse der Gremienmitglieder zeigt, dass die Stiftung mit der DFL personell eng verflochten ist.³ »Lernort Stadion« weist mit seinem Angebot der »Politische[n] Bildung mit Fußballbezug« (Robert Bosch Stiftung 2017m) auch einen Bezug zum Geschäftsfeld der DFL auf: Mit dem Programm können potenzielle Zuschauer*innen ins Stadion geführt und zur Imageaufbesserung von Stadien beigetragen werden.

Auch das in einer anonymisierten Einzelfallstudie untersuchte Engagement-Programm »Micro Projects« wird von einer CSR-Stiftung finanziert: der T.C. Foundation.⁴ Das Programm wird in mehreren europäischen Ländern angeboten. In dieser Untersuchung wurden seine Umsetzung und Ausrichtung in Deutschland analysiert, wo es bundesweit stattfindet. Die Finanzierung des Programms wird zwar durch die T.C. Foundation getragen, jedoch fungiert eine weitere, nicht unternehmensnahe Stiftung, die Bildungsstiftung, als offizieller Ausrichter des Programms. Die Bildungsstiftung erhält die Finanzierung durch die T.C. Foundation. Das Unternehmen T.C. ist offiziell nur Sponsor, tatsächlich aber maßgeblich an der Ausrichtung des Programms beteiligt.

Die Untersuchung zeigt, dass »Micro Projects« in seiner Funktion als CSR-Programm inhaltlich an die Unternehmensstrategie angepasst wurde: Das Unternehmen T.C. richtet sich im digitalen Bereich neu aus und möchte in einem bestimmten Segment Marktführer werden. Während zu Beginn des Programms die

2 Dies wurde in Kapitel 4.2.1 ausführlicher dargestellt.

3 Bei der DFL Stiftung sitzen im zweiköpfigen Vorstand ein DFL-Vertreter und im Stiftungsrat, der den Vorstand überwacht, ausschließlich DFL-Vertreter*innen (vgl. Kapitel 4.3.3.3).

4 Deren personellen Verflechtungen mit dem Unternehmen Technology Company werden nicht näher beschrieben, da die Fallstudie anonymisiert ist.

Jugendlichen eine gemeinnützige Projektidee frei wählen konnten, um eine Förderung für die Umsetzung zu erhalten, werden sie jetzt, einige Jahre nach Programmstart, (z.B. durch bestimmte Workshop-Inputs) dazu angehalten, digitale Bezüge in ihren Projekten herzustellen. Zudem sollen die »digitalen Kompetenzen« der Jugendlichen gefördert werden. Aus Sicht von Unternehmen und Unternehmensstiftung passt das Programm dadurch besser zum Konzern und seiner (zunehmend) digitalen Ausrichtung.

Für die T.C. Foundation war diese Neuausrichtung wichtig, um langfristig die Finanzierung des Programms zu sichern. Aus Perspektive des Unternehmens Technology Company macht ein inhaltlicher Bezug zum Kerngeschäft des Unternehmens das Programm sogar glaubwürdiger, da dadurch ersichtlich sei, warum ein Unternehmen Geld in ein bestimmtes Programm investiere. Auch könnten die im Rahmen eines Volunteer-Programms involvierten Mitarbeiter*innen der Technology Company durch einen inhaltlichen Bezug zum Geschäftsfeld besser für das freiwillige Engagement im Programm gewonnen werden.

Die Anpassung an die Unternehmensstrategie wurde dabei »behutsam« umgesetzt: So müssen zunächst nicht alle Projekte der Jugendlichen einen digitalen Bezug aufweisen, sondern nur eine bestimmte Quote. Es wurden neue Einrichtungen aus der Jugendarbeit als Kooperationspartner engagiert, die digitale Bezüge einbringen sollen. Befragte Personen aus dem Teamer*innen-Netzwerk und aus den Jugendarbeitseinrichtungen, die die Jugendlichen bei der Initiierung und Umsetzung von Projekten begleiten, betrachteten zum Zeitpunkt der Erhebung die Neuausrichtung des Programms skeptisch, da durch sie die Niedrigschwelligkeit des Programms eingeschränkt werde, mithin »benachteiligte Jugendliche« nicht mehr so gut erreicht würden. Somit wird deutlich, dass die Anpassung an die Unternehmensstrategie zumindest zunächst einmal Vorrang vor dem Ziel zu haben scheint, »benachteiligte Jugendliche« zu erreichen.

Unternehmensverbundene Stiftungen halten Anteile an Unternehmen und fungieren somit als Eigentümer von Unternehmen;⁵ sie finanzieren sich i.d.R. über die Dividenden, die sie als Anteilseigner erhalten. Neben der Robert Bosch Stiftung gehören die Bertelsmann Stiftung, die Körber Stiftung und die Freudenberg Stiftung zu unternehmensverbundenen Stiftungen, die auf dem Feld der politischen Bildung aktiv sind. Auch bei unternehmensverbundenen Stiftungen sind Personalunionen zwischen höchsten Stiftungs- und Unternehmensgremien bisher nicht systematisch erforscht, jedoch wurden diese am Beispiel der Bertelsmann Stiftung kritisch diskutiert (vgl. u.a. Schuler 2010). In der in dieser Studie näher betrachteten RBS sind solche Personalunionen auch zu finden: Zwei Mitglieder

5 Für unternehmensverbundene Stiftungen gibt es je nach Ausgestaltung unterschiedliche Begriffe (vgl. Kapitel 4.1.1).

der 9-köpfigen RBS-Gesellschafterversammlung (das zugleich als Kuratorium fungiert) sind auch Mitglieder der Industrietreuhand KG, die die »unternehmerische Führung der Bosch Gruppe« (Kögel/Berg 2011, S. 15f.) innehat; zwei Mitglieder aus dem RBS-Kuratorium sind zudem im Aufsichtsrat der Bosch GmbH vertreten. Unternehmensverbundene Stiftungen sind oftmals Teil einer verschachtelten Stiftungskonstruktion (dem sogenannten »Doppelstiftungsmodell«), weshalb die personellen Überschneidungen bei diesen Stiftungen für Außenstehende nicht leicht erkennbar sind.⁶

Die vier genannten unternehmensverbundenen Stiftungen halten hohe Anteilsbeteiligungen an den jeweils mit ihnen verbundenen Unternehmen (die RBS z.B. 92 Prozent der Kapitalanteile), weshalb es als unstrittig gelten kann, dass sie unternehmensverbunden sind. Da es aber keine juristisch eindeutige Definition gibt, wie viele Anteile eine Stiftung halten muss, um als unternehmensverbunden zu gelten und außerdem viele Stiftungen ihre Unternehmensbeteiligungen nicht veröffentlichen, kann eine Unternehmensverbundenheit im juristischen Sinne bei vielen Stiftungen nicht (oder nur mit hohem Rechercheaufwand) überprüft werden. So werden viele Stiftungen von Unternehmer*innen und Unternehmensfamilien gegründet, legen aber die Vermögensstruktur ihrer Stiftungen nicht offen. Damit ist nicht bekannt, ob diese Stiftungen Anteile an Unternehmen halten. Dies kann m.E. zur Folge haben, dass keine öffentliche Diskussion darüber zustande kommt, ob die Arbeit dieser Stiftungen im Unternehmensinteresse genutzt wird oder eine Nähe z.B. zu bestimmten weltanschaulichen (etwa wirtschaftsliberalen) Positionen vorhanden ist.

Die Eingebundenheit unternehmensverbundener Stiftungen in CSR-Strategien ist bisher nicht untersucht. Die RBS hebt – trotz vorhandener Personalunionen zwischen Stiftung und Unternehmen – eher die Trennung von philanthropischem und unternehmerischem Wirken hervor. Nichtsdestotrotz wirbt die Bosch GmbH mit der Stiftung als Teil des »gesellschaftlichen Engagements« des Unternehmens. Für die in dieser Untersuchung analysierten Programme konnte eine unmittelbare inhaltliche Überschneidung der (drei betrachteten) politischen Bildungsprogramme zu den Geschäftsfeldern des Bosch-Konzerns nicht festgestellt werden. Jedoch wäre weiter zu erforschen, ob die Programme im Rahmen mittelbarer Unternehmensinteressen gedeutet werden können. So ergab die Analyse der Modellprojekte anhand von Programmmaterialien und Evaluationen, dass eine Auseinandersetzung mit sozio-ökonomischen Ungleichheitsstrukturen nicht im Mittelpunkt der Programme steht.

Die explorativ angelegte Analyse unternehmensnaher Stiftungen auf dem Feld der politischen Bildung ergab, dass es neben den zehn (bereits genannten) eindeutig als unternehmensnah zu identifizierenden Stiftungen viele weitere Stiftungen

6 Zur ausführlichen Erläuterung: vgl. Kapitel 4.3.1.

gibt, bei denen Unternehmensvertreter*innen in Gremien sitzen und/oder deren Projektmittel in hohem Maße von Unternehmen und wirtschaftsnahen Akteuren (wie z.B. unternehmensnahen Stiftungen) finanziert werden. Die ›Unternehmensnähe‹ dieser Stiftungen muss insofern als ungeklärt gelten.

Die explorative Betrachtung der Aktivitäten unternehmensnaher Stiftungen sowie privater Stiftungen, deren Unternehmensnähe (aus dargelegten Gründen) als ungeklärt gelten muss, verweist auf ein breites Spektrum an geförderten Formaten, Zielgruppen und inhaltlichen Schwerpunkten in der schulischen und außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland. Dabei wurde deutlich, dass einige Stiftungen vor allem marginalisierte Gruppen zu fokussieren scheinen, während andere ausschließlich Elitenförderung betreiben. Die Formate reichen von klassischen Vorträgen, Seminaren und Tagungen über die Erprobung von Ansätzen zur Bürgerbeteiligung bis hin zur Förderung von Institutionen. Inhaltlich legen einige Stiftungen z.B. den Schwerpunkt auf europapolitische Bildung, Extremismusprävention, ökonomisch-politische oder historische Bildung.

Dass die vielfältigen Verbindungen von Stiftungen zu Unternehmen so wenig erforscht sind, hängt auch mit der fehlenden Transparenz im Stiftungswesen zusammen: Denn um diese Verbindungen zu erkennen, bedarf es der Einsicht in die Satzungen, Vermögensstrukturen und Herkunft der Projektmittel der Stiftungen. Stiftungen sind gesetzlich in Deutschland nicht zu einer solchen Transparenz verpflichtet, obwohl sie indirekt steuerlich subventioniert werden und öffentliche Belange beeinflussen. Vorhandene freiwillige Transparenzstandards, wie die der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ), stoßen auf wenig Resonanz: Auch von den (zehn) hier genannten unternehmensnahen Stiftungen hält nur eine die freiwilligen Transparenz-Standards der ITZ ein (die Körber Stiftung). Auch gilt das Informationsfreiheitsgesetz *nicht* für Stiftungen, weshalb Bürger*innen *keinen* Anspruch auf Akteneinsicht bei Stiftungen haben. Demokratische Kontrolle und eine gesetzliche Verpflichtung zu Transparenz von Stiftungen wären allerdings wünschenswert – nicht zuletzt, weil die innere Organisation von Stiftungen oftmals eher »vordemokratisch-dynastischen Entscheidungsstrukturen« entspricht (Höhne 2012, S. 249), was wiederum der Umsetzung partikularer Interessen Vorschub leisten kann – auch in der politischen Bildung.

2. *Wie werden die für die Untersuchung ausgewählten Programme für ›sozial benachteiligte Jugendliche‹ zielgruppenadäquat gestaltet und wie lässt sich an einem Fallbeispiel zeigen, dass auch mit zielgruppenadäquaten Formaten Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen reproduziert werden?*

Zielgruppenadäquate Gestaltung der Programme

Die Analyse der Modellprojekte der RBS (die jeweils mit verschiedenen Kooperationspartnern umgesetzt werden) und des Programms »Micro Projects« zeigen, dass diese ›sozial benachteiligte Jugendliche‹ erreichen. Dies liegt an ihrer zielgruppenadäquaten Ausgestaltung, wobei zusammenfassend die folgenden Merkmale hervorzuheben sind:

- Themenoffenheit:

Es wird versucht, den Themen von Jugendlichen Raum zu geben: Bei »Dialog macht Schule« können Schüler*innen im Rahmen von wöchentlich stattfindenden AGs (i.d.R.) eigene Themenvorschläge einbringen. Bei »Micro Projects« erhalten Jugendliche eine Förderung für eigene Projektideen. Hierbei ist zudem der niedrigschwellige Zugang zu einer Projektförderung entscheidend: Im ersten Schritt bedarf es lediglich einer kurzen Email.

- Mitwirkung der Jugendlichen in der Programmgestaltung:

Bei den Programmen »DU HAST DIE MACHT« und »Micro Projects« wurden bzw. werden Ansätze erprobt, Jugendliche in die Programmgestaltung einzubeziehen. Bei DHDM wurde dazu ein Jugendbeirat und ein YouTuber-Beirat eingerichtet. Bei »Micro Projects« erhält ein Teamer*innen-Netzwerk ein jährliches Budget, mit dem es eigene Ideen umsetzen kann. Es wurde deutlich, dass diese Ansätze z.T. etwas halbherzig umgesetzt werden: So bestand der Jugendbeirat bei DHDM nur für kurze Zeit und war mit »eher [...] engagierte[n] und bildungserfolgreiche[n] Jugendliche[n]« (Besand/Birkenhauer/Lange 2013, S. 160) besetzt. Bei »Micro Projects« wurde deutlich, dass zwar Jugendliche aus allen Schichten im Teamer*innen-Netzwerk vertreten sind, jedoch nicht alle interessierten Jugendlichen an diesem Netzwerk teilnehmen können und es auch keine verbrieften Mitbestimmungsrechte gibt. Dennoch sind diese Ansätze m.E. zumindest als Versuch zu wertschätzen, die Programme für Jugendliche dadurch attraktiver zu machen, dass sie auch aus jugendlichen Perspektiven mitentwickelt werden.

- Peer-Education und Einbezug von Vorbildern:

In den Programmen wird mit jugendlichen Vorbildern und Ansätzen der Peer Education gearbeitet: »Dialog macht Schule« bildet Studierende mit Migrationshintergrund als Mentor*innen aus, »Micro Projects« hat ein Teamer*innen-Netzwerk,

das vor allem aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen besteht, die bereits ein Projekt umgesetzt haben. In »Micro Projects«, aber auch bei DHDM wurde bzw. wird mit bekannten Personen (V.I.P.s) (als Testimonials) für die Programme geworben.

- Ansetzen an Mediengewohnheiten:

Sowohl das RBS-Programm »DU HAST DIE MACHT«, also auch das Programm »Micro Projects« berücksichtigen die Mediengewohnheiten von Jugendlichen: Bei DHDM wurde herausgestellt, dass es bei den Jugendlichen sehr gut ankam, dass überhaupt versucht wurde, online und z.B. auch mit Bewegtbildformaten (mithin Video-Clips) ein Angebot zu entwickeln. »Micro Projects« ist für Jugendliche gerade deshalb auch interessant, weil mit Medientechnik gearbeitet wird: Sie haben z.B. Spaß daran, Filme zu drehen oder mit Smartphones zu arbeiten.

- Aufsuchender Ansatz und Kooperation mit Schulen und der Jugendarbeit:

Weiterer zentraler Schlüssel ist der aufsuchende Ansatz und die Kooperation mit Schulen und Jugendträgern: Das Programm »Dialog macht Schule« wird an Schulen umgesetzt, im Programm »Lernort Stadion« wird mit Schulen und Fanprojekten kooperiert. »Micro Projects« wirbt mit Workshops an Schulen für eine Teilnahme an dem Programm, zudem wird das Programm durch Einrichtungen aus der Jugendarbeit beworben, die auch die Begleitung der Jugendlichen übernehmen.

Insgesamt zeigen die Programme, wie es möglich ist, auch »benachteiligte Jugendliche« zu erreichen. Es wird aber auch deutlich, dass es dafür entsprechender finanzieller Ressourcen bedarf: Gerade Social-Media-Formate sind kostenintensiv, die einzelnen Dialog-Gruppen bei »Dialog macht Schule« arbeiten jeweils zwei Jahre mit einer Klasse, bei »Micro Projects« werden die Jugendlichen bei der Projektumsetzung durch Jugendarbeiter*innen begleitet.

Reproduktion von Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen

Der Frage, wie auch mit zielgruppenadäquaten Formaten Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen reproduziert werden, ist anhand des Programms »Micro Projects« nachzugehen, das vertieft in einer Fallstudie untersucht wurde. Mit Blick auf die Ergebnisse der Fallstudie zeigte sich die hegemonietheoretische Richtung als ein fruchtbarer Theorie-Ansatz, da das Wirken unternehmensnaher Stiftungen im (politischen) Bildungsbereich als politische Einflussnahme zur Verallgemeinerung von Unternehmensinteressen analysiert werden kann: Über das Aufgreifen von Alltagspraxen, Themen und »organischer Intellektueller« »benachteiligter Jugendlicher« werden unmittelbare und mittelbare Interessen des Unternehmens universalisiert: Für das Unternehmen ist es wichtig, dass eine gesellschaftliche Nachfrage nach digitaler Technik besteht und zukünftige

Arbeitnehmer*innen digitale Kompetenzen erwerben – Jugendliche werden im Programm bei der Umsetzung eigener Projektideen zur Verwendung digitaler Technik und zur Ausbildung digitaler Kompetenzen angehalten.

Mit bildungstheoretischen Ansätzen aus der kritischen politischen Bildungsforschung konnte gezeigt werden, wie auch zielgruppenadäquate politische Bildungsformate soziale Ungleichheitsverhältnisse reproduzieren. Diese Ansätze zeigen am Beispiel von »Micro Projects«, dass die Jugendlichen als Subjekte auf eine Weise geführt werden, in der die gesellschaftlichen Strukturen, die sie als Subjekte bedingen, aus dem Blick geraten, dass (informelle) Bildungsprozesse analog zu den Erfordernissen des Arbeitsmarktes gestaltet werden und symbolische Herrschaftsmuster nicht infrage gestellt, sondern über die Förderstruktur des Programms stabilisiert werden.

Die Analyse von »Micro Projects« zeigt dabei nur beispielhaft, dass politische Bildungsprogramme in die Reproduktion von Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen verstrickt sind. Diese Verstrickung findet sich in allen Bildungsprogrammen. Deshalb ist politische Bildung auch nie per se emanzipatorisch (wie auch Bremer betont: vgl. Bremer 2011, S. 189) und deshalb sind für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung m.E. auch die Prinzipien der Machtkritik und Reflexivität als zentrale Prinzipien hervorzuheben.⁷

Desiderate

Die Ergebnisse in ihrer Gesamtheit bringen zum einen zum Ausdruck, dass unternehmensnahe Stiftungen keineswegs unabhängige Akteure sind, sondern Akteure, die mit Partikularinteressen verbunden sind und diese potenziell auch umsetzen können. Zum anderen wird die stets vorhandene Herrschaftsförmigkeit auch von außerschulischen politischen Bildungsprogrammen deutlich: Sie ist auch in solchen Formaten gegeben, die »benachteiligten Jugendlichen« Raum für ihre Themen geben und sie in die Programmentwicklung einbeziehen wollen, auch wenn dies zunächst kontraintuitiv erscheinen mag.⁸ Mit ihrem zweifachen Erkenntnisinteresse zielte die Studie auf die Exploration neuer Akteure und neuer Formate in der politischen Bildung und verweist im Anschluss auf ein doppeltes Forschungsdesiderat, das als Ergebnis dieser Arbeit abschließend etwas ausführlicher dargestellt sei:

7 Zu den Prinzipien: vgl. Kapitel 2.1.2.

8 Den Ausdruck des »kontraintuitiven Zugang[s]« verwendet Weiß bei ihrer Untersuchung »antirassistisch engagierte[r] Gruppen aus der gebildeten Mittelschicht«, bei der sie nachwies, »[d]ass auch diejenigen, die sich willentlich gegen Rassismus wenden, rassistische Diskurse und Praktiken nicht vollständig vermeiden können« (was wiederum »zeigt, dass Rassismus nicht nur als offener Konflikt, sondern auch als objektive Strukturdimension des sozialen Raumes angesehen werden muss«) (Weiß 2013, S. 313).

a) *Systematisch-vergleichende Erforschung der Strukturen unternehmensnaher Stiftungen und ihrer Aktivitäten in der politischen Bildung*

Die RBS fördert(e) gleich drei große Modellprojekte inklusive Begleitevaluationen. Das Programm »Micro Projects« der T.C. Foundation wird nicht nur bundesweit, sondern international durchgeführt und dabei analog zur Unternehmensstrategie des Unternehmens T.C. ausgerichtet. Die Untersuchung zeigt damit die Rolle von unternehmensnahen Stiftungen als Agendasetter auf, die auch im Interesse der Unternehmen wirken können. Deshalb sollten die unterschiedlichen rechtlichen, personellen und finanziellen Verbindungen von privaten Stiftungen zu Unternehmen, als auch die Ausrichtung der politischen Bildungsangebote von unternehmensnahen und privaten Stiftungen mit größeren Fallzahlen systematisch und vergleichend erforscht werden.

Mit dem Abbau des Sozialstaats und einer gleichzeitigen Stiftungsförderung deuten sich hierzulande ähnliche Entwicklungen wie in den philanthropie-freundlichen USA an. »Corporate Foundations« sind dort noch einflussreicher – man denke nur an die Gates Foundation mit ihrem Stiftungsvermögen von 40 Milliarden (vgl. Bill & Melinda Gates Foundation 2017) und vielfältigen Aktivitäten u.a. in der internationalen Entwicklungspolitik oder in der US-Bildungspolitik (vgl. McGoey 2016). In den USA ist Stiftungsforschung ein etabliertes Forschungsfeld. Während die deutsche politikwissenschaftliche Forschung noch nicht einmal die aktuellen Entwicklungen einfängt, lässt sich an der US-Literatur bereits ablesen, wohin die Reise gehen könnte. Deshalb sollte diese in Deutschland stärker zur Kenntnis genommen werden.

Dafür sei beispielhaft auf das Ergebnis von Tim Bartly hingewiesen, der untersuchte, wie Stiftungen ganze Organisationsfelder aufbauen und restrukturieren und dadurch die z.T. radikalen Ziele von sozialen Bewegungen hin zu moderaten Zielen kanalisieren.⁹ Solchen Thesen könnten auch für andere Bereiche, wie für die politische Bildung in Deutschland (und Europa), geprüft werden, denkt man z.B. an die Verknüpfung von employability und active citizenship education auf europäischer Ebene (vgl. Widmaier 2011, S. 472) oder an demokratiepädagogische Initiativen, wobei letztere auch von Stiftungen vorangetrieben

9 »Foundation-led ›field-building‹ activities may embed social movement organizations [...] in new contexts and enroll them in new projects, thus channeling protest in subtle ways.« (Bartly 2007, S. 229) Bartly zeigt dies am Beispiel von Forst-Zertifizierungssystemen (»forest certification«): »a form of governance created in the 1990s as a moderate, market-based alternative to disruptive environmental boycotts. [...] foundations coordinated their grant-making to build a field of forest certification, enrolled social movement organisations in this project, and used the leverage of protest to further their field-building agenda.« (Bartly 2007, S. 229)

werden.¹⁰ Demokratiepädagogik zielt dabei auf demokratisches Verhalten und Handeln (das heute häufig politisches Bildungsziel ist), weniger auf eine kritische Analyse von Demokratie.

b) *Empirisch fundierte Analysen der ›Herrschaftseingebundenheit außerschulischer politischer Jugendbildung‹*

Ausgehend von dem Ergebnis dieser Studie, dass auch neuere, zielgruppenadäquate politische Bildungsprogramme – ggf. entgegen des eigenen Anspruchs – soziale Ungleichheitsstrukturen reproduzieren, wird deutlich, dass politische Bildung ihre Eingebundenheit in diese Reproduktion auch innerhalb ihrer Programme reflektieren muss.¹¹ Neben den hier verwandten Theorieansätzen wären auch Ansätze hilfreich, die sich mit sozialen Ungleichheitskategorien wie class, gender, race auseinandersetzen. Während es rassismuskritische und genderreflexive Ansätze gibt (vgl. u.a. z.B. Mecheril 2011; Doneit/Lösch/Rodrian-Pfennig 2016), da sich diese auch auf entsprechende Forschungszweige als Grundlage beziehen können, ist das bei der Kategorie ›class‹ aufgrund der fehlenden Aktualisierung von Klassentheorien nicht der Fall (vgl. Bescherer/Liebig/Schmalz 2014). Die Reproduktion von »Klassismus«, der z.B. als »Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft« verstanden werden kann,¹² spielt somit bisher in der politischen Bildungsforschung als Thema kaum eine Rolle, ist aber m.E. als wichtig zu erachten, wenn die Mündigkeit ›sozial benachteiligter Jugendlicher‹ gefördert werden soll.

Ausblick

Angesichts wachsender autoritärer politischer Bewegungen darf in der politischen Bildung inhaltlich nicht nur darauf gesetzt werden, »demokratische Kompetenzen« zu vermitteln, sondern es müssen auch soziale Ungleichheitsstrukturen als Teil der Ursache von »Demokratieunzufriedenheit« in den Blick genommen werden. Sonst wird jene Unzufriedenheit, die aus den vielschichtigen Bedingtheiten in der liberalen Demokratie herrührt, ignoriert und die außerschulische politische Bildung verfehlt es, ihrem demokratischen Anspruch gerecht zu werden. Für die nächsten Jahre ist zu erwarten, dass politische Bildung als Betätigungsfeld für unternehmensnahe Stiftungen an Bedeutung gewinnen wird: Denn es gibt einen CSR- und

10 So war die unternehmensverbundene Freudenberg Stiftung z.B. an der Entstehung des Modellprogramms »Demokratie lernen und leben« (der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung) wesentlich involviert (vgl. ausführlich: Gerber 2006, S. 210).

11 Einen wichtigen Beitrag dazu leisteten jüngst Bremer/Ludwig (2015a).

12 Diese Umschreibung ist im Themenheft »Klassismus« zu finden, das von dem Projekt Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage des Vereins Aktion Courage herausgegeben wird (vgl. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage 2017).

Stiftungsboom (vgl. Fifka 2011, S. 120-130; Anheier et al. 2017, S. 1) und unternehmensnahe Stiftungen engagieren sich oftmals für den ›gesellschaftlichen Zusammenhalt‹, der bekanntlich aufgrund sozialer Desintegrationsprozesse schon länger als gefährdet gilt (vgl. Jaschke 2010). Doch sind unternehmensnahe Stiftungen die geeigneten Förderer für die Auseinandersetzung mit sozialen Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen?

Sie selbst sind Profiteure ungleicher Vermögensverteilung, fungieren als Eigentümer von Unternehmen oder befinden sich in direkter finanzieller Abhängigkeit von Unternehmen, haben oftmals Konzernvertreter*innen in ihren Gremien, unterliegen keiner Transparenzpflicht und kommen freiwilligen Standards nur ausnahmsweise nach. Die hier untersuchten Programme richten sich immerhin an ›benachteiligte Jugendliche‹ und erproben neue Herangehensweisen, um diese zu erreichen. Jedoch scheint vor allem Kompetenzförderung betrieben zu werden – eine Auseinandersetzung mit Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen steht nicht im Mittelpunkt der Programmkonzeptionen. Ob sich Gegenbeispiele identifizieren lassen oder ob sich die Programme in diese Richtung entwickeln möchten, müsste in weiteren Studien erforscht bzw. in Zukunft gezeigt werden.

